

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich zu unserer heutigen, 64. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode willkommen. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **13 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weise ich darauf hin, dass die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragt haben, vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung zu beschließen, diese um einen Tagesordnungspunkt 5 – neu – mit dem Titel „Gesetz über die Einführung einer optionalen Festlegung differenzierter Hebesätze im Rahmen des Grundvermögens bei der Grundsteuer Nordrhein-Westfalen“ Drucksache 18/9242 zu ergänzen. Die Aussprache zu diesem neuen Tagesordnungspunkt soll im Rahmen einer Block-I-Debatte geführt werden.

Der ursprünglich als Tagesordnungspunkt 5 vorgesehene Antrag mit dem Titel „Die führende Rolle des Landes als öffentlicher Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen zur Förderung sozialer und ökologischer Projekte stärken!“ Drucksache 18/9125 soll als neuer Tagesordnungspunkt 14 behandelt werden.

Gemäß § 20 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung kann der Landtag vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen, diese zu ergänzen. Hierbei handelt es sich grundsätzlich um eine Entscheidung, die der Landtag mit Mehrheit trifft.

Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnungsdebatte vorliegen. Frau Blumenthal hat als Erste das Wort. Gibt es im Moment weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Nein. Okay.

Ina Blumenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Um es hier ganz klar zu sagen: Wir als SPD-Fraktion sind über alle Maßen irritiert über das Vorgehen der regierungstragenden Fraktionen an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Wir haben in unserer Geschäftsordnung klare Regeln, die – das mag Sie überraschen – nicht nur für die Opposition gelten. Sie gelten auch für die regierungstragenden Fraktionen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Frist nach § 20 Abs. 2 Satz 1 ist unmissverständlich und wird hier nicht eingehalten. Eine akute Situation ist bei dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht erkennbar. Vielmehr war der Beratungsgegenstand auch in der Vergangenheit Teil von Debatten und Austausch in diesem Haus. Warum also jetzt diese Eile? Warum wollen Sie dieser Debatte nicht ausreichend Raum und Zeit einräumen?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Es gibt ein normales parlamentarisches Verfahren!)

Warum an dieser Stelle die Frist nicht eingehalten werden konnte, wird einmal mehr das Geheimnis der doch nicht so reibungslosen Regierungsarbeit von Schwarz und Grün bleiben.

Wir fordern die regierungstragenden Fraktionen unmissverständlich auf, sich verantwortungsbewusst hinsichtlich der Vorgaben unserer Geschäftsordnung zu verhalten und von dieser Ausnahme nur in gut begründeten Einzelfällen Gebrauch zu machen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Daher lehnen wir den Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung selbstverständlich ab.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Blumenthal. – Jetzt haben sich zunächst Herr Kerkhoff und dann Herr Mostofizadeh zu Wort gemeldet.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen heute den Gesetzentwurf zur optionalen Festlegung differenzierter Hebesätze bei der Grundsteuer vor; denn die Koalitionsfraktionen wollen verhindern, dass Wohnen noch teurer wird.

(Lachen von der SPD und der FDP)

Uns ist die Mehrbelastung privater Haushalte nicht egal.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir handeln; denn dafür sind wir gewählt.

(Henning Höne [FDP]: Auf einmal!)

Dieser Gesetzentwurf wurde nötig, weil Finanzminister Lindner auf den Brief der Länderfinanzminister mit Ablehnung reagiert hat

(Lachen von der SPD und der FDP)

und auf Bundesebene keine entlastenden Regelungen treffen wollte. Das ist und bleibt aus unserer Sicht völlig unverständlich.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Christian Dahm [SPD]: Haushalt muss man auch können! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Unser Gesetzentwurf und die Ankündigung, ihn heute auf die Tagesordnung dieser Plenarsitzung zu setzen, ist den Fraktionen von SPD und FDP schon vor dem Wochenende schriftlich mitgeteilt worden, bevor er offiziell eingereicht wurde.

Es ist heute die Befassung in der ersten Lesung.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das!)

Das ist nicht nur nach unserer Geschäftsordnung möglich, sondern auch mit Blick auf eine inhaltliche Befassung vertretbar. Bei zehn Seiten Gesetzestext inklusive Begründung muss niemand eine Nachtschicht einlegen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie können nicht gleichzeitig beklagen, dass eine Umsetzung für die Kommunen aus zeitlichen Gründen schwierig sei, und einen zügigen Gesetzgebungsprozess im Landtag blockieren. Das passt nicht zusammen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Aus unserer Sicht sind Verzögerungen nicht hinnehmbar. Die Kommunen müssen loslegen. Wir geben dafür heute den Startschuss, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Lachen von Ina Blumenthal [SPD] – Zurufe von der SPD und der FDP)

Ich fasse zusammen: Es ist nach unserer Geschäftsordnung rechtlich möglich, es ist inhaltlich geboten, und es ist ein Zeichen der Handlungsfähigkeit dieser Koalition.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Oh! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wir lassen die Menschen nicht alleine,

(Zurufe von der SPD und der FDP: Oh!)

und wir tragen unseren Teil dazu bei, die Auswirkungen des Scholz-Modells zu begrenzen. Wir bitten um Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kerkhoff. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Abgeordnete Mostofizadeh zu Wort gemeldet.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Heiterkeit von der SPD – Widerspruch von der CDU und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Zwischenruf

des hoch geschätzten Abgeordneten aus Oberhausen macht ja wieder deutlich, auf welchem Niveau die Sozialdemokraten diese Debatte heute führen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Lachen und Zurufe von der SPD und der FDP)

Lieber Stefan Zimkeit, ich schlage vor, dass wir das in zwei Wochen an der Hafestraße klären; dann wird es vielleicht etwas lustiger als heute.

(Heiterkeit von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD und der FDP)

Ich möchte zur Sache nur Folgendes sagen, weil der Kollege Kerkhoff viele Punkte schon ausgeführt hat: Ich finde diese ritualisierte Aufregung völlig unangemessen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Henning Höne [FDP]: Mit ritualisierter Aufregung haben Sie ja nichts am Hut!)

Ich möchte noch einmal sehr klar betonen, dass die Geschäftsordnung in § 20 Abs. 3 eine sehr klare Regelung enthält. Wenn diese Regelung genutzt wird – mit dem Vorlauf, den Herr Kerkhoff geschildert hat –, hier zu insinuieren, es wäre irgendetwas verdreht oder verbogen worden, dann ist das schlicht unanständig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das Argument, wir bräuchten ausreichend Zeit, um den Gesetzentwurf zu beraten, dreht sich ja gerade gegen Sie zurück. Die heutige Befassung auf der Tagesordnung bietet doch gerade erst die Möglichkeit, dazu ein ausreichend langes Beratungsverfahren mit Anhörung, mit Auswertung, mit Sitzungen in den Ausschüssen AHeiKo und HFA im Zeitraum von mehreren Wochen sowie eine zweite und, wenn Sie es wünschen, auch eine dritte Lesung durchzuführen.

All das wird heute sauber vorbereitet. Und Sie tun das Gegenteil: Sie wollen diese normalen parlamentarischen Prozesse behindern, weil Sie glauben, damit Geländegewinne zu machen. Das finde ich schlicht unanständig.

(Christian Dahm [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Ich kann Sie nur auffordern: Kehren Sie endlich zum normalen Diskurs zurück,

(Zurufe von der SPD und der FDP: Oh!)

und setzen Sie diesen Punkt hier mit auf die Tagesordnung.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP hat der Abgeordnete Hafke das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, den wir heute feststellen. Vor zwei Tagen haben die regierungstragenden Fraktionen einen Gesetzesentwurf beschlossen, der zwei Tage später hier ins Parlament eingebracht werden soll.

Das ist ja kein unüblicher Vorgang für diese Koalition; denn Sie sind es mittlerweile gewohnt, das Feld parlamentarischer Spielregeln immer wieder zu verlassen.

(Beifall von der FDP und der SPD – Widerspruch von der CDU und den GRÜNEN)

Ich erinnere hier an das Bürgerenergiegesetz und an das chaotische Haushaltsverfahren mit einem Notlagenbeschluss, einem Rauf und Runter, einem Links und Rechts,

(Christian Dahm [SPD]: Aber ohne Not! – Weitere Zurufe)

wo das Parlament in 30 Minuten über seitenweise Notlagenbeschlüsse entscheiden sollte.

Und jetzt erklären Sie uns, dass hier und heute eine Eilbedürftigkeit bestehe, weil das Wohnen in Nordrhein-Westfalen nicht teurer werden solle.

Lieber Herr Kollege Kerkhoff, ich will einmal an Folgendes erinnern: Wir diskutieren seit fünf Jahren über das Thema „Grundsteuer“. Seit fünf Jahren wird darüber diskutiert.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wir haben in diesem Parlament zig Initiativen und Debatten dazu geführt. Vor zwei Jahren haben der Finanzminister, diese Landesregierung und diese beiden Fraktionen Initiativen abgelehnt –

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

mit der Begründung, es gebe keine Zeit, ein anderes Modell einzuführen. Und jetzt sind Sie seit Wochen und Monaten nicht in der Lage, mit den Kommunen eine Verabredung zu finden.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist ja wohl die Stärke der FDP!)

Nun haben Sie sich überlegt: Dann gehen wir den Weg über die Fraktionen und heben dadurch auch noch das Anhörungsrecht der Kommunen aus – Beteiligungsmöglichkeiten, die in einem üblichen Ver-

fahren einer Regierung Usus sind, weil es ja um die Kommunen geht. Die Kommunen haben jetzt, weil der Antrag von Ihnen kommt, nicht die Chance, sich in einem üblichen Verfahren zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen sagen, woran das liegt: Sie beide sind nicht in der Lage sind, sich vernünftig abzustimmen und eine handlungsfähige Regierung zu stellen. Das ist das große Problem.

(Beifall von der FDP und der SPD – Widerspruch von der CDU und den GRÜNEN)

Dann haben Sie sich überlegt: Wir wollen das nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause irgendwie durchpeitschen. Also muss es jetzt noch irgendwie in diese Plenarwoche hineinkommen – auf den letzten Metern.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich: Wir müssen uns die Zeit nehmen, das sauber und ordentlich zu debattieren. Da wird es kein Hopplahopp-Verfahren geben; da wird es kein beschleunigtes Verfahren geben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir müssen als Parlamentarier alle 195 die Chance haben, sich damit zu beschäftigen. Deswegen werden wir heute diesem Antrag, dass das Thema auf die Tagesordnung kommt, nicht zustimmen.

Wir erwarten von Ihnen, dass es dazu ein reguläres Verfahren gibt – nicht dass Ihnen die Mehrheiten hier noch zu sehr zu Kopf steigen. Es geht um den Parlamentarismus in diesem Land.

(Zurufe von der CDU und den GRÜNEN: Oh!)

Den müssen Sie entsprechend auch hochhalten.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe den Antrag auf Ergänzung der heutigen Tagesordnung vorliegen und lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dieser Ergänzung der heutigen Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 5 – neu – sowie den Tagesordnungspunkt 14 ergänzt worden. Die übrigen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.¹

Ich rufe auf:

¹ Schriftliche Erklärung der Abgeordneten der FDP-Fraktion gemäß § 47 GO LT NRW zum Abstimmungsverhalten siehe Anlage.